

Stadtumbau und Migration

Herausforderungen für Großwohnsiedlungen im Umgang mit Einwanderung

In den letzten zwei Jahrzehnten wurde in nahezu allen ostdeutschen Kommunen der Stadtumbau, im Sinne der Anpassung des Wohnungs- und Infrastrukturbestands an zurückgehende Bevölkerungszahlen, vorangetrieben. Vor allem in randstädtischen Großwohnsiedlungen wurde das Ziel eines geordneten Rückzugs aus der Fläche bei gleichzeitiger Stärkung der zukunftsfähigen Gebietskerne verfolgt. Allerdings konnte dieser Ansatz nur begrenzt umgesetzt werden (Bernt/Milstrey 2018). Gleichzeitig wurden soziale und technische Infrastrukturen zurückgebaut und die Aufwendungen für den Erhalt und Unterhalt von Freiflächen, Funktionsgebäuden und Wohnungsbeständen auf ein Minimum reduziert (Abb. 1).



Abb.1: Nebeneinander von leerstehenden, zum Abriss vorgesehenen und sanierten Wohngebäuden, leerstehender Infrastruktur und ungenutzten Freiflächen (Halle-Neustadt, 2006, Foto: S. Rößler)

Aktuell hat sich der Kontext, in dem über eine Weiterentwicklung der Großwohnsiedlungen nachgedacht werden muss, deutlich verändert. In den letzten zehn Jahren ist es in vielen Quartieren zu steigenden Zuzügen von einkommensschwachen Haushalten gekommen (Helbig/Jähnen 2019). Insbesondere seit der Flüchtlingszuwanderung ab 2015 erleben gerade die Stadtumbauquartiere mit einer häufig entspannten Wohnungsmarktsituation erhebliche Zuzüge durch anerkannte Asylsuchende oder subsidiär Geschützte. In der Folge wachsen sowohl die Bevölkerung insgesamt als auch der Anteil von Migrantinnen und Migranten in den Wohngebieten in vergleichsweise kurzer Zeit stark an (Abb. 2).

Aus „Quartieren auf Zeit“ (Kabisch/Peter 2014) sind somit nicht nur „Quartiere auf sehr lange Zeit“ (Altrock 2018), sondern womöglich sogar Einwanderungsquartiere geworden. Eine im Rahmen der Stadtumbauprozesse entwickelte, auf eine (partielle) Auflösung dieser Quartiere setzende Perspektive wird damit obsolet. Gleichzeitig stellen sich neue Anforderungen an die Wohnraumversorgung, die Infrastrukturausstattung und die Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums und der Grünflächen. Hinzu kommen veränderte Bedarfe und Rahmenbedingungen für

Integration, Teilhabe und Partizipation der neuen Bewohnerinnen und Bewohner.

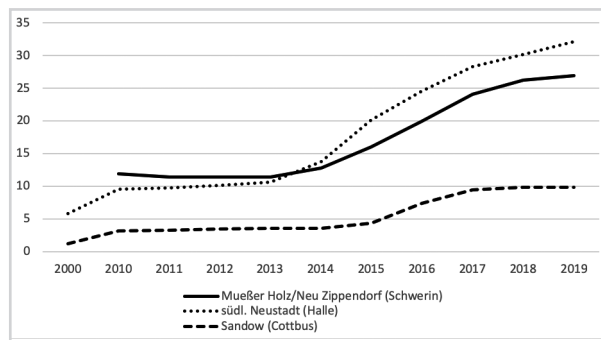


Abb. 2: Anteil nicht-deutscher Staatsbürger in drei ausgewählten Großwohnsiedlungen ostdeutscher Städte (eigene Darstellung).

Chancen und Herausforderungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung

Die beschriebene Entwicklung eröffnet einerseits Chancen für eine ökologische und sozial inklusive Stadtentwicklung:

- Abgeschriebene Wohnungsbestände, leerstehende Gewerbeflächen, Infrastrukturen und große Grünflächen erhalten durch die Zuwanderung eine neue Nutzungsperspektive.
- Gegenwärtig zum in der Erstbelegung der Quartiere angelegten Trend zur Alterung kann ein neuer Mix unterschiedlicher Generationen und Haushaltsstrukturen erreicht werden.
- Durch teilweise hohes zivilgesellschaftliches Engagement im Kontext von Unterbringung und Integration der Geflüchteten haben sich in vielen Kommunen neue Wege der Teilhabe und Aktivierung ergeben.

Die Akteure der Stadtentwicklung sind andererseits mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert:

- Die Bleibeperspektiven von Geflüchteten, und damit die Langfristigkeit der durch ihren Zuzug begründeten Infrastrukturbedarfe, sind unsicher. Für die Kommunen sind Integrations-, Stadtentwicklungsstrategien und Investitionen in Wohnungsbestände, Infrastrukturen und Grünflächen mit einer erheblichen Unsicherheit belastet.
- Bis jetzt ging die Stadtplanung in Stadtumbauebenen i. d. R. von einer insgesamt zurückgehenden und gleichzeitig alternden Bevölkerung aus. Mit der Zuwanderung verändern sich diese Planungsgrundlagen grundsätzlich: Die Bevölkerung wächst wieder, Alters- und Haushaltsstrukturen werden vielfältiger, der Bedarf an Kinderbetreuungs- und Schulplätzen steigt erheblich.
- Neue Nutzungsaussichten für die aufgrund von Abrissmaßnahmen häufig in Übermaß vorhandenen Frei- und Grünflächen (Rößler 2010) stehen im Spannungsfeld vielfältiger und teilweise divergierender Anforderungen von neuen

und alten Bewohnerinnen und Bewohnern (z. B. in Bezug auf Lärm, Sauberkeit, Gleichberechtigung von Nutzergruppen, Sicherheitsbedürfnis im öffentlichen Raum).

- ▶ Die betroffenen Kommunen sind i. d. R. finanzschwach und entsprechend in ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt. Zudem wurden seit Mitte der 2000er Jahre in erheblichem Maße kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbestände an Finanzinvestoren verkauft. Die Implementation langfristiger Entwicklungsstrategien ist vor diesem Hintergrund deutlich erschwert.
- ▶ Die Partizipation und Teilhabe aller in den betroffenen Quartieren Wohnenden ist traditionell schwierig, es gibt zudem wenig Erfahrung mit der interkulturellen Öffnung von Angeboten. Insofern bedarf es eines besonders hohen Engagements und Ressourceneinsatzes öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure vor Ort.

Forschungsbedarf – Das Verbundprojekt StadtumMig

Fundiertes Wissen und entsprechende Handlungsstrategien zum Umgang mit den neuen Anforderungen an die städtebauliche Planung, den Wohnungsbestand, die Freiraumentwicklung und die Infrastrukturausstattung sowie für die Integration und Beteiligung der gesamten Bewohnerschaft fehlen allerdings weitgehend.

Unter dem Begriff der „Ankunftsquartiere“ wird seit einiger Zeit diskutiert, welche Funktionen von Quartieren Migrantinnen und Migranten das Ankommen erleichtern können. Als Kerncharakteristika gelten ein hohes Maß an Diversität, urbane Dichte, das Vorhandensein von migrantischen Netzwerken und Infrastrukturen, aber auch eine hohe Fluktuation (Hans et al. 2019). Es stellt sich die Frage, inwiefern Nachbarschaften, die bisher eher von Bevölkerungsschwund betroffen waren, oder Großwohnsiedlungsstrukturen mit einer starken funktionalen Trennung von Wohn- und Gewerberäumen Ankunftsquartiere für nun dort hinziehende Migrantinnen und Migranten werden können (El-Kayed et al. 2020).

Bei der Einschätzung von Bleibeperspektiven in einem Wohnquartier, im Sinne der subjektiven Einschätzung der Bewohnerinnen und Bewohner, spielt zum einen deren eigene Motivation eine Rolle. Diese kann beispielsweise abhängen vom persönlichen Sicherheitsgefühl, der vorhandenen Infrastruktur, den Teilhabemöglichkeiten in der Nachbarschaft oder dem Auftreten von Konflikten sowie von Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung (Foroutan 2017 et al.). Zum anderen beruht die Bleibeperspektive auf der Einschätzung, inwiefern sich die Bleibemotivation erfolgreich umsetzen lassen wird oder nicht. Diese Bleibewahrscheinlichkeit kann abhängen von der Wohnungsmarktsituation, dem verfügbaren Einkommen, gesetzlichen und administrativen Vorgaben oder allgemein dem Zugang zum Wohnungsmarkt. Auch die städtebaulichen und freiraumplanerischen Maßnahmen, die im Rahmen des Stadtumbaus bisher umgesetzt wurden, bedürfen einer Überprüfung. Bevölkerungszuwächse und Veränderung in der demografischen Zusammensetzung (jüngere, internationalere, größere Haushalte) erfordern ggf. neue Ansätze sowohl bei der (baulichen) Gestaltung, der Entwicklung des Wohnungsbestandes als auch der Freiraum-

entwicklung und der Infrastrukturausstattung. Allerdings liegen bis jetzt nur lückenhafte Informationen zu Haushaltsstrukturen, Sozialfürsorge-, Mobilitäts- und Bildungsbedarfen der zugewanderten Migrantinnen und Migranten vor. Die verantwortlichen kommunalen Akteure sind durch übergeordnete politische Vorgaben und privatwirtschaftliche Verwertungsinteressen von Wohnungseigentümern in ihren unmittelbaren Steuerungsmöglichkeiten eingeschränkt. Viele Aktivitäten in den Stadtteilen sind zudem in einem besonderen Maße von Fördermitteln und zivilgesellschaftlichem bzw. karitativem Engagement abhängig.

Im Verbundprojekt StadtumMig (Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier? Neue Perspektiven für periphere Großwohnsiedlungen), das von Mai 2019 bis April 2022 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Leitlinie Zukunftsstadt gefördert wird, arbeiten Forschungseinrichtungen, Beratungsunternehmen und Kommunen zusammen, um anhand dreier Beispielsiedlungen (Mueßer Holz und Neu Zippendorf in Schwerin, Südliche Neustadt in Halle/Saale und Sandow in Cottbus) Grundlagen- und Orientierungswissen über dieses neuartige Phänomen der Quartiersentwicklung zu gewinnen und Handlungsempfehlungen zum Umgang damit zu entwickeln (Bernt et al. 2020, <https://stadtummig.de/>).

Matthias Bernt, PD Dr., Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS), Erkner

Nihad El-Kayed, Dr., Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin

Ulrike Milstrey, B.B.S.M. Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH, Potsdam

Stefanie Röbler, Dr.-Ing., SRL, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR), Dresden

Quellen

Altrock, U. (2018): „Quartiere auf sehr lange Zeit“: Geschichte und Zukunft von Großwohnsiedlungen aus architektonisch-gestalterischer Perspektive, in: Altrock, U.; Grunze, N.; Kabisch, S. (Hr.): Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Differenzierte Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen. Wiesbaden, S. 35–70

Bernt, M.; Milstrey, U. (2018): Quartiere auf Zeit revisited, in: Altrock, U.; Grunze, N.; Kabisch, S. (Hrsg.): Großwohnsiedlungen im Haltbarkeitscheck. Wiesbaden, S. 145–168

Bernt, M. et al. (2020): StadtumMig: Vom Stadtumbauschwerpunkt zum Einwanderungsquartier? Working Paper 1

El-Kayed, N.; Bernt, M.; Hamann, U.; Pilz, M. (2020): Peripheral Estates as Arrival Spaces? Conceptualising Research on Arrival Functions of New Immigrant Destinations, in: Urban Planning, 5 (3), S. 113–114

Foroutan, N.; Hamann, U.; El-Kayed, N. (2017): Zwischen Lager und Mietvertrag – Wohnunterbringung von geflüchteten Frauen in Berlin und Dresden. Berlin

Hans, N.; Hanhörster, H.; Polívka, J.; Beißwenger, S. (2019): Die Rolle von Ankunftsräumen für die Integration Zugewanderter, in: Raumforschung und Raumordnung, 77, 5, S. 1–14

Helbig, M.; Jähnen, S. (2019): Die soziodemografische Entwicklung der industriell errichteten Wohnsiedlungen in 14 ostdeutschen Städten Analysen einer Bewohnerschaft zwischen Stabilität und Wandel, Discussion Paper P 2019–001, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Kabisch, S.; Peter, A. (2014): Quartiere auf Zeit, in: Schnur, O. (Hg.): Quartiersforschung: Zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden, S. 301–318

Röbler, S. (2010): Freiräume in schrumpfenden Städten. Chancen und Grenzen der Freiraumplanung im Stadtumbau. IÖR-Schriften, Band 50. Berlin